Stadt Aarau

Protokoll des Einwohnerrates

4. Sitzung 2014

vom Montag, 12. Mai 2014, 19.00 Uhr, im Grossratssaal

Vorsitzende

Danièle Zatti Kuhn, Präsidentin

Anwesend

46 Mitglieder des Einwohnerrates
7 Mitglieder des Stadtrates
Jeannine Meier, Vorsteherin Soziale Dienste
Marco Andreoli, Leiter Finanzen
Matthias Mundwiler, Controller
Daniel Fondado, Präsident der Schulpflege
Barbara Dumont, Mitglied der Schulpflege
Marius Stadtherr, Mitglied der Schulpflege

Protokoll

Stefan Berner, Vize-Stadtschreiber

Entschuldigt abwesend

Irene Bugmann Oelhafen, Einwohnerrätin
Beat Krättli, Einwohnerrat
Heinz Suter, Einwohnerrat
Martina Suter, Einwohnerrätin
Dr. Martin Gossweiler, Stadtschreiber

T r a k t a n d e n

		Seite
1.	Mitteilungen	102
2.	Inpflichtnahme von Christoph Oeschger als neues Ratsmitglied (anstelle von Stephan Senn)	103
3.	Gesuche um Zusicherung des Gemeindebürgerrechts für	104
	3.1 **Gunasekaran, Sutharsseni,** geb. 1996, srilankische Staatsangehörige 3.2 **Holland, Arne,** geb. 1975, deutscher Staatsangehöriger 3.3 **Kavak, Metin,** geb. 1981, türkischer Staatsangehöriger 3.4 **Omerovic, Bego,** geb. 1961, und seine Ehefrau **Omerovic geb. Cecevic, Ajla,** geb. 1974, mit den Kindern **Omerovic Belma,** geb. 1997, und **Omerovic Almina,** geb. 2001, alle kroatische Staatsangehörige 3.5 **Omerovic, Benjamin,** geb. 1996, kroatischer Staatsangehöriger 3.6 **Rafaniello geb. Nigro, Maria Concetta,** geb. 1984, italienische Staatsangehörige	
4.	Anfragen	106
5.	Jahresbericht 2013 der Einwohnergemeinde	107
6.	Aufstockung Primarschule Telli; Photovoltaikanlage	116
7.	FuSTA Aarau Rohr; Kredit für Zwischenlösung Mittagstisch	125
8.	Kreditabrechnung FuSTA Stritengässli 31	128
9.	Kreditabrechnung WSB-Verlegung (Nettoanteil)	129
10.	Kreditabrechnung Industriestrasse West/Mitte/Ost, Projektierung	130

Traktandum 1

33. Mitteilungen

Danièle Zatti Kuhn, Präsidentin: Ich begrüsse alle Anwesenden ganz herzlich zur 4. Einwohnerratssitzung dieser Legislatur. Als Gast begrüsse ich heute Frau Nationalrätin Yvonne Feri bei uns. Sie besucht während des ganzen Jahres Gemeindeversammlungen und Einwohnerratssitzungen im ganzen Kanton. Frau Feri erhofft sich aus diesen Besuchen Impulse für die parlamentarische Arbeit. Dabei möchte sie erfahren, was die Bevölkerung bewegt. Als Gemeinderätin von Wettingen sucht sie den Austausch mit anderen Gemeinden. So sammelt sie Eindrücke, wie an anderen Orten politisiert wird. Ich hoffe, wir können Frau Feri heute eine spannende Debatte mit guten politischen Auseinandersetzungen zeigen. Dann habe ich soeben die freudige Nachricht erhalten, dass Marc Bachmann Vater von Zwillingen geworden ist. Dazu gratulieren wir herzlich. Ich gehe wie immer davon aus, dass alle Ratsmitglieder die Berichte des Stadtrates wie auch das Protokoll der FGPK gelesen haben. In diesem Sinne ist es nicht mehr nötig, immer alles zu wiederholen, was in den Unterlagen steht. Zur Traktandenliste liegen keine Bemerkungen vor. Heute Morgen haben wir zum Traktandum 6 noch einen schriftlichen Antrag erhalten. Wir werden dann unter diesem Traktandum anschauen, wie wir dabei vorgehen.

Die **Präsidentin** gibt die Entschuldigungen bekannt.

Traktandum 2

34. Inpflichtnahme von Christoph Oeschger als neues Ratsmitglied

---

Danièle Zatti Kuhn, Präsidenten: Mit Schreiben vom 24. März 2014 hat Einwohnerrat Stephan Senn seine Demission aus persönlichen Gründen und per sofort eingereicht. Da er sich für die letzte Sitzung entschuldigt hatte, konnte er nicht mehr verabschiedet werden. Stephan Senn hat das obligate Abschiedsgeschenk bereits erhalten. Er war seit dem 15. September 2007 Mitglied des Einwohnerrats Aarau. An dieser Stelle wünschen wir ihm alles Gute in der nachpolitischen Phase. Als Nachfolger hat das Wahlbüro der Stadt Aarau **Christoph Oeschger** mit Entscheid vom 25. März 2014 als gewählt erklärt. Er hat die Wahl angenommen.

Die Vorsitzende verliest die Gelöbnisformel gemäss § 3 des Geschäftsreglementes.

Christoph Oeschger leistet das Gelöbnis durch Nachsprechen der Worte: *"Ich gelobe es"*.

Das neue Mitglied des Einwohnerrates stellt sich danach mit eigenen Worten kurz vor.

Danièle Zatti Kuhn, Präsidentin: Ich heisse Christoph Oeschger herzlich im Einwohnerrat willkommen und wünsche ihm eine interessante Zeit.

Traktandum 3

35. Gesuche um Zusicherung des Gemeindebürgerrechts

Danièle Zatti Kuhn, Präsidentin: Der Stadtrat unterbreitet dem Einwohnerrat folgende Gesuche um Zusicherung des Gemeindebürgerrechts der Stadt Aarau:

- **Gunasekaran, Sutharsseni,** geb. 1996, srilankische Staatsangehörige
- **Holland, Arne,** geb. 1975, deutscher Staatsangehöriger
- **Kavak, Metin,** geb. 1981, türkischer Staatsangehöriger
- **Omerovic, Bego,** geb. 1961, und seine Ehefrau **Omerovic geb. Cecevic, Ajla,** geb. 1974, mit den Kindern **Omerovic Belma,** geb. 1997, und **Omerovic Almina,** geb. 2001, alle kroatische Staatsangehörige
- **Omerovic, Benjamin,** geb. 1996, kroatischer Staatsangehöriger
- **Rafaniello geb. Nigro, Maria Concetta,** geb. 1984, italienische Staatsangehörige

Der Stadtrat empfiehlt, alle Gesuche gutzuheissen. Dieser Antrag stützt sich auf die Empfehlung der Einbürgerungskommission, welche die Gesuche geprüft hat. Die Gesuche konnten während der Aktenauflage eingesehen werden. Wird das Wort zu den Einbürgerungsgesuchen gewünscht? Das ist nicht der Fall. Wünscht jemand eine geheime Abstimmung? Das ist auch nicht der Fall. Ich mache auf die **Ausstandsbestimmungen** gemäss § 25 des Gemeindegesetzes aufmerksam: Wenn bei einem Verhandlungsgegenstand jemand ein unmittelbares und persönliches Interesse hat, so haben er, sein Ehegatte, seine Eltern sowie die Kinder mit Ehegatten vor der Abstimmung das Versammlungslokal bzw. die Tribüne zu verlassen. Ich möchte die Gesuchstellenden bitten, vor der Abstimmung die Tribüne zu verlassen.

Abstimmung:

Die Resultate der offenen Abstimmung lauten wie folgt:

Gesuchstellerin / Gesuchsteller	Ja	Nein
Gunasekaran, Sutharsseni, geb. 1996, srilankische Staatsangehörige	45	0
Holland, Arne, geb. 1975, deutscher Staatsangehöriger	45	0
Kavak, Metin, geb. 1981, türkischer Staatsangehöriger	44	0
Omerovic, Bego, geb. 1961, und seine Ehefrau Omerovic geb. Cecevic, Ajla, geb. 1974, mit den Kindern Omerovic Belma, geb. 1997, und Omerovic Almina, geb. 2001, alle kroatische Staatsangehörige	45	0
Omerovic, Benjamin, geb. 1996, kroatischer Staatsangehöriger	45	0
Rafaniello geb. Nigro, Maria Concetta, geb. 1984, italienische Staatsangehörige	45	0

Den Gesuchstellenden wurde das Gemeindebürgerrecht **zugesichert**.

Eine Referendumsabstimmung über diesen Beschluss des Einwohnerrates ist gemäss § 24 Abs. 4 des Gesetzes über das Kantons- und das Gemeindebürgerrecht (KBüG) vom 12. März 2013 ausgeschlossen.

Traktandum 4

36. Anfragen

Es liegen keine Anfragen vor.

37. Jahresbericht 2013 der Einwohnergemeinde

Mit Botschaft vom 17. März 2014 unterbreitet der Stadtrat dem Einwohnerrat zu diesem Geschäft die folgenden

Anträge:

1. *Der Jahresbericht für das Jahr 2013 sei gutzuheissen.*
2. *Die Rechnung der Einwohnergemeinde Aarau für das Jahr 2013 sei zu genehmigen.*
3. *Mit dem Jahresbericht 2013 soll folgende WOSA-Motion des Einwohnerrates abgeschrieben werden:*
   - *Sachkommission: Die Schulpflege hat auf das Budget 2014 hin die Wirkungs-/Leistungsziele der Produktegruppen 30 und 31 überarbeitet und grösstenteils neue Ziele mit messbaren Indikatoren im Sinne der WOSA-Motion definiert. Die Sachkommission und die Mitglieder des Einwohnerrates haben die neuen Ziele anlässlich der Budget-Sitzungen wohlwollend zur Kenntnis genommen.*

Danièle Zatti Kuhn, Präsidentin: Bei diesem Geschäft herrscht Eintretenspflicht. Wir werden wie üblich folgendermassen vorgehen: Zuerst hören wir das Referat der FGPK. Anschliessend kommen die allgemeinen Stellungnahmen zum gesamten Jahresbericht und daran schliesst die Detaildebatte an. Dabei werden wir den Jahresbericht Schritt für Schritt durchgehen. Am Schluss erfolgt die Abstimmung.

Markus Hutmacher, Präsident der FGPK: Die FGPK hat sich am 29. April mit dem Jahresbericht beschäftigt. Als Auskunftspersonen sind uns Stadtpräsidentin Jolanda Urech, die Leiterin Finanzen und Liegenschaften, Madeleine Schweizer, und Controller Matthias Mundwiler zur Verfügung gestanden. Nach der Auflösung der Sachkommission per anfangs Jahr prüften wir neu wieder alle Produktegruppen selber. Die Rechnung des Jahres 2013 ist die letzte, welche noch nach der alten Rechnungslegung geführt wurde und somit mit den letzten Rechnungen noch einmal direkt vergleichbar ist. An der Sitzung waren am Anfang die Herren Güller und Elmiger der Firma Gruber Partner AG anwesend. Die Firma Gruber Partner AG prüft die Jahresrechnung der Stadt Aarau finanztechnisch, das heisst, sie überprüfen, ob die Rechnung ordnungsgemäss und gemäss den gesetzlichen Vorgaben geführt wird. Das kann an dieser Stelle bestätigt werden und entsprechend möchte ich mich bei Madeleine Schweizer und ihren Mitarbeitenden für die gute Arbeit bedanken. Die Rechnungsprüfung der Revisionsgesellschaft geht weit über die gesetzlich vorgeschriebene Bilanzprüfung hinaus. So wird immer auch eine Zwischenrevision durchgeführt, bei welcher eine Abteilung vertieft überprüft wird. Im Jahre 2013 wurden die Musikschule und die Kadettenmusik überprüft. Diese detaillierte Überprüfung führt dann zu einer ganzen Reihe von Feststellungen und Empfehlung, welche im Revisionsbericht verzeichnet sind. Zusammenfassend beurteilen die Revisoren die Kennzahlen der Stadt wie folgt: 1. Die Selbstfinanzierung der Stadt ist zu tief. Bei den hohen geplanten Investitionen ergibt sich daraus ein Vermögensabbau und/oder eine Erhöhung der Schulden. 2. Die Stadt Aarau ist stark abhängig von den Vermögenserträgen. Die

Nettozinsen im Jahr 2013 machen rund 27 Steuerprozente aus. 3. Die Cash-Flow-Marge ist immer noch ungenügend. Die Cash-flow- Marge ist eine Messgrösse, welche zeigt, wie viele Prozente des Umsatzes für Investitionen oder Schuldenabbau zur Verfügung stehen. Aus diesen Beurteilungen leiteten die Revisoren folgenden Empfehlungen ab: Die auf der Ausgabenseite ergriffenen Massnahmen zeigen erste Wirkungen, aber diese Massnahmen reichen alleine nicht aus, um die finanzielle Lage nachhaltig zu verbessern. Sie empfehlen deshalb alle Massnahmen zu überprüfen, um die Cash-flow-Marge wieder auf einen genügenden Wert anzuheben. Weiter empfehlen sie, die Steigerung vom Nettoaufwand im Auge zu behalten und Stabilo 2 umzusetzen. Interessant an diesen Beurteilungen ist, dass die Bewertung durch die Revisoren vor einem Jahr praktisch identisch war. Anschliessend empfingen wir als Vertreter der Schulpflege Marius Stadtherr und Ruedi Birchler. Diese erteilten uns zu der PG 30, Volksschule, und PG 31, Musikschule und Kadettenmusik, Auskunft. Im Mai 2013 wurde bei der Nachevaluation für die Schule Aarau endlich eine grüne Ampel erreicht. Am 1. August nahm der neue Gesamtschulleiter seine Arbeit auf. Das Schuljahr war einerseits geprägt von der Umstellung auf das neue Schulmodell 6/3, andererseits war die Zusammenarbeit mit der Kreisschule Buchs-Rohr das grosse Thema. In der Musikschule und bei der Kadettenmusik gab es einen Rückgang der Schülerzahlen, eine Tendenz lässt sich daraus aber nicht ableiten. Auch steht der Rückgang der Schülerzahlen nicht in einem Verhältnis zu den erhöhten Elternbeiträgen gemäss Stabilo, da diese Erhöhung noch nicht in Kraft ist. Nachdem uns dann die Vertreter der Schulpflege verlassen haben, sind wir den Jahresbericht und die Jahresrechnung im Detail durchgegangen. Zu den Jahreszielen stellten wir fest, dass von diesen doch viele verzögert sind. Dies ist gemäss Auskunftspersonen auf verschiedene Faktoren zurückzuführen, aber auch die Wechsel im Stadtrat hätten dazu geführt, dass Entscheidungen später erfolgt seien. Die Rechnung schliesst im Vergleich zum Budget besser ab, als erwartet. Die Nettoinvestitionen sind tiefer und die erwirtschaftete Selbstfinanzierung ist höher als budgetiert. Der Finanzierungsfehlbetrag liegt bei 8,3 Mio. Franken. Die budgetierten Steuereinnahmen konnten nicht erreicht werden. Sie liegen aber im Rahmen der Rechnung 2012. Die Auskunftspersonen haben ausgeführt, der Stadtrat habe aber für das Jahr 2013 den Steuerertrag bewusst höher budgetiert, weil in den Vorjahren oftmals zu tief budgetiert worden sei. Erfreulich ist, dass der Nettoaufwand weniger stark gestiegen ist, als erwartet. Im Vergleich zu Baden verbessert sich Aarau laufend. Der Anlagefonds hatte ein sehr gutes Jahr und der Bestand konnte auf 95 Mio. Franken erhöht werden. Die Jahresrechnung ist bezüglich des Geldflusses nur minim schlechter als letztes Jahr. Schaut man nur auf die nackten Zahlen, wäre er sogar massiv besser. In diesem Ergebnis ist aber eine einmalige Zahlung an den Kanton von fast 7 Mio. Franken enthalten, die ausnahmsweise erst im Jahr 2014 erfolgt ist. Diese spätere Zahlung vom Kantonssteueranteil hat die Rechnung 2013 zwar massiv entlastet, sie wird aber die Rechnung 2014 im gleichen Masse belasten. Tatsache ist aber, dass der Finanzhaushalt der Stadt immer noch nicht im Gleichgewicht ist. Die Selbstfinanzierung ist immer noch zu tief. Der Vermögensabbau oder die Neuverschuldung nimmt immer noch zu. Von den angestrebten rund 15 Mio. Franken pro Jahr, welche für den Erhalt der Attraktivität der Stadt notwendig wären, ist die Stadt immer noch weit entfernt. Würden wir alle geplanten Investitionen des Politikplans 2013-2017 mit der heute durchschnittlichen Selbstfinanzierung von 8,3 Mio. Franken realisieren, würde der Fehlbetrag per Ende 2017 rund 150 Mio. Franken betragen. Hier ist die Politik gefordert, die notwendigen Massnahmen zu ergreifen. Dabei gibt es verschiedene Möglichkeiten im Bereich der laufenden Rechnung, aber auch in der Investitionsrechnung. Stabilo 2 ist daher ein wichtiges Projekt. Es wird uns die Fragen beantworten: Auf welche Investitionen und Leistungen will und kann die Bevölkerung in Zukunft verzichten? Weiter ist es aber auch klar, dass auch auf der Ertragsseite in der nächsten Zeit keine Tabus mehr bestehen dürfen. Wenn wir mit der ungenügenden Eigenfinanzierung so weiterfahren

wie bisher, werden wir vermutlich per Ende Legislatur das Nettovermögen weitgehend aufgebraucht haben. Auch wenn die Stadt dadurch nicht alle Erträge aus Anlagen verlieren würde, fehlten am Schluss doch Gelder im Umfang von 10 bis 15 Steuerprozenten. Zu den einzelnen Produktegruppen möchte ich eigentlich nur auf die PG 46, Alter, vertieft eingehen. Diese PG bildet die Leistungen der Fachstelle Alter und der städtischen Altersheime und Alterswohnungen ab. In der Rechnung werden aber eigentlich nur die Leistungen der Fachstelle Alter ersichtlich, da die Städtischen Altersheime Eigenwirtschaftsbetriebe sind. Diese gleichen ihr Ergebnis über den Altersheimfond aus. Im Jahr 2013 musste dieser Fond aber massiv beansprucht werden. Er schrumpfte von rund 1,1 Mio. Franken auf knapp 300'000 Franken. Die Ursachen für diesen grossen Fehlbetrag sind vielfältig, aber nach einer Analyse den Verantwortlichen bekannt. Sie sind auch im FGPK-Protokoll aufgeführt. Entsprechende Massnahmen wurden getroffen und die Verantwortlichen sind zuversichtlich, dass sie die Probleme jetzt im Griff haben. Abschliessend kann ich festhalten, dass die FGPK allen drei Anträgen des Stadtrates einstimmig zugestimmt hat.

Oliver Bachmann: Die SP-Fraktion bedankt sich beim Stadtrat und der Verwaltung für ihren erneut grossen Einsatz im Jahr 2013 für die Stadt Aarau. Zudem bedanken wir uns bei der Finanzverwaltung für die übersichtliche Rechnungslegung. Inhaltlich ist uns aufgefallen, dass viele Ziele nicht erreicht werden konnten. Wir fragen den Stadtrat deshalb: Sind bei der Stadt Aarau genügend Ressourcen vorhanden? Inwiefern ist die restriktive Personalpolitik von uns, also dem Einwohnerrat, in den letzten Jahren mitverantwortlich? Der Selbstfinanzierungsgrad der Stadt Aarau ist alles andere als in Ordnung. Vor einigen Jahren, bei der Verselbstständigung der IBA, hat die Stadt Aarau einen saftigen Zustupf von rund 80 Millionen Franken bekommen. Stadtrat und Einwohnerrat sind sich einig gewesen, dass es nicht in Frage kommt, dieses Vermögen innert weniger Jahre zu investieren oder sogar zur Deckung von Fehlbeträgen in der laufenden Rechnung zu verwenden. Schliesslich kann es nicht sein, dass das Vermögen, welches von mehreren Generationen vor uns aufgebaut wurde, in nur einer Generation verbraucht wird. Dieser weise Leitgedanke sollte auch heute noch Gültigkeit haben. Das Geld aus der Verselbstständigung der IBA sollte also ausschliesslich für Projekte genutzt werden, welche generationenübergreifenden Charakter haben, nicht aber für Investitionen, welche jede Generation aus dem eigenen Steuerertrag finanzieren muss, wie z.B. die Sanierung von Schulhäusern oder von Strassen. Damit sind wir bei der laufenden Rechnung: Es ist unsere Aufgabe, diese wieder in ein Gleichgewicht zu bringen, so dass wir auch die nötigen Investitionen tätigen können, damit Aarau eine lebenswerte und moderne Stadt bleibt. Um das zu erreichen, braucht es Verbesserungen auf der Einnahmen-, wie auf der Ausgabenseite. Die SP hat in den letzten Jahren verschiedene Massnahmen auf der Ausgabenseite mitgetragen, auch solche, die uns schwer gefallen sind. Diese Bereitschaft sollte nicht unbeantwortet bleiben. Wir erwarten von unseren Partnern auf der rechten Ratsseite, dass sie nun ihr Versprechen einlösen und Steuererhöhungen mittragen. Eine Erhöhung des Steuerfusses ist bei der Bevölkerung nie beliebt. Unsere Verantwortung als Stadtparlamentarier ist es aber, nicht einfach den Leuten nach dem Mund zu reden, sondern verantwortungsbewusst zu bleiben und aufzuzeigen, weshalb jetzt eine solche Massnahme notwendig ist. Wichtig ist, dass wir dies beim Steuerfuss gemeinsam tun: Eine Erhöhung ist in Aarau einerseits notwendig, andererseits verkraftbar. Notwendig ist sie, weil ein Eingriff auf Seiten der Ausgaben alleine nicht ausreicht, das zeigt auch die heutige Rechnung. Verkraftbar ist sie, weil wir in Aarau auch nach einer Erhöhung immer noch einen Steuerfuss unter dem regionalen Schnitt und deutlich unter dem kantonalen Schnitt haben und weil die Mehrkosten für den Einzelnen relativ gering sind. Würde sich eine Fraktion im Rat einer Steuerfusserhöhung generell verweigern, wäre dies engstirnig, egoistisch und kurzsichtig. Zum Glück gibt es in unserem Einwohnerrat in

Aarau keine solchen Kräfte. Deshalb bin ich überzeugt, dass es uns gelingen wird, die Stabilisierungsmassnahmen auf der Ausgabenseite mit Massnahmen auf der Einnahmenseite zu komplettieren und die Stadtfinanzen so wieder auf ein sicheres Fundament zu stellen. Wir reichen Ihnen die Hand, dies miteinander zu tun und nicht gegeneinander. Die SP-Fraktion wird der Rechnung 2013 und auch den weiteren Anträgen des Stadtrates zustimmen.

Rainer Lüscher: Die Rechnung 2013 hat besser abgeschlossen als budgetiert. Die Selbstfinanzierung ist zu tief. Die bereinigte Cash-flow-Marge im Jahr 2013 ist ungenügend. Es herrscht eine hohe Abhängigkeit von Vermögenserträgen. Wir haben zur Kenntnis genommen, dass mit den ersten Angaben zu Stabilo 2 im Herbst gerechnet werden darf. Die Verzögerung um rund vier Monate ist auf folgende Punkte zurückzuführen: neue Zusammensetzung des Stadtrates, Verschiebungen durch die Wahlen, viele Rechtsmittelverfahren sowie Krankheitsfälle. Einige Überlegungen und Forderungen der FDP-Fraktion: Der Veranlagungsstand der Steuern muss erhöht werden. Wir sind überzeugt, dass sich der Einkaufsaufwand für Verbrauchsmaterialien durch eine geeignete Einkaufsstrategie und durch den laufenden Dialog mit lokalen und regionalen Zulieferern reduzieren lässt. Ein Dauerziel ist es aber auch, die budgetierten Posten nicht um jedes Geld auszuschöpfen. Dafür braucht es die Sicherheit von der Führung her gegenüber den Budgetierenden, dass die Budgetposten realistisch und jedes Jahr wieder neu beurteilt werden dürfen. Die Steuerkraft der natürlichen Personen ist stark, aber wir brauchen einen höheren Ertrag von juristischen Personen. Mit Hilfe der Standortfördermassnahmen resp. der Wirtschaftsförderungsaktivitäten und einer Vision für Aarau muss es in Zukunft gelingen, mehr juristische Personen anzuziehen, welche Steuererträge generieren und gute Arbeitsplätze in der Wirtschaft anbieten. Im Rahmen des Einbaus der Schuldenbremse in Stabilo 2 wird es unabdingbar sein, eine Auslegeordnung zu machen, Projekte zu priorisieren und allenfalls sogar auf eine bereits getätigte Bestellung wieder einzutreten und diese zu ändern, zu verschieben oder zu stornieren. Wir empfehlen, den Jahresbericht 2013 und die Jahresrechnung 2013 zu genehmigen.

Lukas Häusermann: Die CVP-Fraktion möchte ebenfalls die Gelegenheit wahrnehmen und sich bei der Verwaltung für die übersichtliche und informative Berichterstattung des letzten Jahres bedanken. Ich möchte jetzt nicht noch einmal wiederholen, was meine Vorredner bereits gesagt haben. Für uns ist wichtig, dass man sieht, dass der Ertrag aus dem Vermögen eigentlich einen Steuerfuss von 27 % bedeutet. Das ist ein Spitzenwert im Kanton Aargau. Wenn man die hohen Einnahmen anschaut, kommt man schnell drauf, dass das Problem eigentlich nicht auf der Einnahmenseite liegt. Selbst jetzt, also in einem relativ guten Jahr, haben wir es nicht geschafft, die Kosten aus der laufenden Rechnung und die Investitionskosten selber zu decken. Es musste fremdes Geld dafür aufgenommen werden. Das Fazit ist deshalb für uns klar: Das Stabilo-Programm muss unvermindert und in erster Priorität umgesetzt werden. Mit einer simplen Erhöhung des Steuerfusses ist es leider nicht getan. Ich glaube, das sieht auch die vernünftige SP-Fraktion so. Deshalb brauchen wir wirklich auch auf der Ausgabenseite gewisse Zugeständnisse der SP. Es mag auch mit einer veränderten Wahrnehmung zu tun haben, aber ich mag mich nicht erinnern, dass die SP bei Stabilo 1 an vorderster Front dabei gewesen wäre, als es darum ging, die Sparmassnahmen zu unterstützen. In diesem Sinne wird auch die CVP allen Anträgen des Stadtrates zustimmen.

Jürg Schmid: Die SVP-Fraktion hat den Jahresbericht und den Jahresabschluss 2013 ebenfalls analysiert und diskutiert. Vorab geht auch unser Dank an alle Involvierten für das Erstellen dieses umfassenden Werkes. Erfreut nehmen wir das um rund 4 Mio. Franken besser als erwartete Ergebnis zur Kenntnis. Die verschiedenen Gründe dafür sind im Bericht ausführlich

dargelegt, einzelne haben wir da bereits gehört. Weiter dürfen wir dem Bericht entnehmen, dass die erwirtschaftete Selbstfinanzierung von 12,5 Mio. Franken nicht ausreicht, um die getätigten Investitionen vollumfänglich abzudecken. Entsprechend ging das Nettovermögen um knapp 10 Mio. Franken zurück. Die Stadt zehrte also auch im Jahre 2013 vom Vermögen, was allerdings in Zeiten grosser Investitionen über einen gewissen Zeitraum durchaus normal sein kann. Was für einen ausgeglichenen Haushalt erwirtschaftet hätte werden sollen, steht meines Erachtens in der Produktegruppe 15, nämlich 15,5 Mio. Franken. Dies entspricht den kalkulatorischen Abschreibungen, welche aufzeigen, welchen Betrag die Einwohnergemeinde jedes Jahr aufbringen muss, damit die vorhandene Anlagesubstanz nach Ablauf der geschätzten Lebensdauer wieder ersetzt werden kann. Einen ausgeglichenen Haushalt erreichen, das ist auch das Ziel von Stabilo 2. Besorgt lesen wir nun im Jahresbericht bei der Erfolgskontrolle der Jahresziele von der Verzögerung dieses Projekts. Dass der Prozess aufgrund der Stadtratsneuwahlen etwas ins Stottern geraten ist, können wir zwar verstehen, erwarten aber, dass die Arbeiten an diesem wichtigen Projekt Stabilo 2 nun mit höchster Priorität weitergeführt werden. Bei den Steuereinnahmen der natürlichen Personen ist man offenbar von sehr optimistischen Annahmen ausgegangen und hat das Budget leider um 2,6 Mio. Franken verfehlt. An den Rechnungsstellungen kann es eigentlich nicht liegen, hat die Steuerkraft im Vergleich zum 2012 doch wieder bereits um über 1 % zugenommen. Ohne Erhöhung des Steuerfusses hat die Aarauer Bevölkerung im Jahre 2013 also mehr Steuern bezahlt als im Vorjahr. Einen positiven Effekt auf die Steuereinnahmen sollte auch ein möglichst hoher Veranlagungsgrad haben. Dieser ist leider im Jahre 2013 wieder gesunken und fiel sogar unter das aus unserer Sicht bescheidene Ziel von 70 %. Wir begrüssen in diesem Zusammenhang den Entscheid der Stadt, bei der Steuerveranlagung auf die Kantonssoftwarelösung umzustellen. Dies dürfte bei der Rekrutierung und Einarbeitung neuer Mitarbeitenden oder auch temporären Aushilfskräften eine erhebliche Vereinfachung bringen. Allerdings können wir nicht nachvollziehen, dass nicht vollumfänglich auf die Kantonslösung gewechselt worden ist und der Bezug weiterhin auf der eigenen exklusiven Softwarelösung erfolgt. Jetzt muss sogar mit zwei verschiedenen Systemen gearbeitet werden. Da vermuten wir noch weiteres Effizienzsteigerungs- und Kostensenkungspotenzial. Eine Bemerkung haben wir noch zu der oft gehörten Aussage, dass die Nachfrage nach Kinderbetreuungsplätzen das Angebot in Aarau weit übertreffe: Dazu empfehlen wir die Lektüre der Bemerkungen im vorliegenden Jahresbericht unter der PG 41 auf Seite 80, dass im Zusammenhang mit FUSTA "das Auslastungsziel durch die Einrichtungen nicht erreicht wurde". Da gehen offensichtlich Mutmassungen und der effektive Sachverhalt diametral auseinander. Wir werden diese Entwicklung im Auge behalten. Und "last but not least": Die Produktegruppe "Abfallbewirtschaftung" hat im Jahre 2013 erneut einen Überschuss von sage und schreibe knapp 330'000 Franken erzielt. Das Vermögen in diesem Eigenwirtschaftsbetrieb beläuft sich nun auf über 2 Mio. Franken. Damit könnten wir praktisch die gesamte Kehrichtwagenflotte erneuern. Das Ziel des Eigenwirtschaftsbetriebs Abfallbewirtschaftung ist, diesen kostendeckend zu betreiben, nicht Vermögen anzusammeln. Wir empfehlen bzw. eigentlich erwarten wir vom Stadtrat, dass er eine Senkung einzelner oder sämtlicher Abfallgebühren ins Auge fasst. Persönlich bin ich der Meinung, dass die Gebühren für Grünabfuhrvignetten im Verhältnis zum Kehricht zu hoch angesetzt sind. Mit 270 Franken Jahresgebühr für einen 240-Liter-Behälter kann ich alternativ auch gut 80 60-Liter-Kehrichtsäcke kaufen und bin überzeugt, damit das in den Sommermonaten anfallende Grüngut zu denselben, wenn nicht günstigeren Konditionen im normalen Kehricht entsorgen zu können. Zusammenfassend bleiben wir bei den bereits im Vorjahr gemachten Aussagen: Den Abschluss 2013 beurteilen wir unter den gegebenen Voraussetzungen als erfreulich. Stabilo 2 muss konsequent und zeitgerecht bearbeitet werden. Kleinere Massnahmen kann und soll der Stadtrat in eigener Regie beschliessen und umsetzen. Der Investitionsplan muss überarbeitet

und reduziert werden. Wir sind nach wie vor überzeugt, dass mit der weit überdurchschnittlichen Steuerkraft der natürlichen Personen Aarau mit dem aktuellen Steuerfuss ausreichend Mittel zur Verfügung gestellt erhält. Die SVP-Fraktion wird die Anträge zum Jahresbericht und der Rechnung 2013 sowie die Abschreibung der WOSA Motion einstimmig gutheissen.

Ulrich Fischer: Unsere Fraktion kann sich der Würdigung und dem Dank an den Stadtrat anschliessen. Die Finanz- und Geschäftsprüfungskommission empfiehlt ja einstimmig die Annahme der Jahresrechnung 2013. Für unsere Fraktion gab es im Jahresbericht keine Überraschungen. Das gilt aber auch für Punkte, bei welchen die gesetzten Vorgaben nicht erreicht wurden oder aber die Indikatoren ungenau gewählt waren. Ich möchte drei Punkte herausheben, eigentlich auch, weil im Protokoll der FGPK dazu wenig Angaben zu lesen waren. Produktegruppe 10, Steuern: Hier ist der Veranlagungsgrad weiter gesunken. Besonders stossend ist, dass viele Veranlagungen aus den Steuerjahren 2009-2011 noch offen sind. Die bisherige Praxis des Steueramtes, vor allem bei selbstständig erwerbenden Einwohnerinnen und Einwohnern die Veranlagung für mehrere Steuerjahre zu sammeln und diese dann gemeinsam zu eröffnen, ist problematisch. Hier entstehen oft relativ grosse Nachzahlungsverpflichtungen durch einen Summationseffekt, der sich nochmals verschärft durch die dann, im Abstand von zwei Monaten, folgende definitive Festlegung der AHV-Beiträge für mehrere Steuerjahre. Dies führt zu unnötigen Belastungen bei den KMU. In der Veranlagungspraxis wird häufig vom Plausibilitätsprinzip abgewichen. Vor allem bei kleinen Buchungsbeträgen entsteht ein aufwändiger Schriftverkehr mit dem Steueramt durch das Einreichen zusätzlicher Belege und Nachweise. Wir hoffen sehr, dass diese Problematik erkannt wurde und auch durch den Wechsel in der Leitung des Steueramtes korrigiert wird. Insbesondere wird erwartet, dass die Veranlagungen aus den Jahren 2011 und älter in diesem Jahr abgeschlossen werden. Produktegruppe 40, Gesetzliche Sozialarbeit: Hier sind die Indikatoren ungenau definiert. Es stellt sich hier die Frage, ob der Indikator "Erstgespräch innerhalb eines Monats nach Gesuchsabgabe mit vollständigen Unterlagen" sinnvoll und aussagekräftig ist. Der Indikator ist zu 100 % erreicht worden. Aber was heisst das? Sind die Erstgespräche in der Regel in der vierten Woche durchgeführt worden? Auch dann wäre der Indikator zu 100 % erfüllt. Aber Menschen in der Notsituation oder in sehr schwierigen Situationen wäre schlecht geholfen. Ein anderer Indikator ist gar nicht erfasst, nämlich wieviel Zeit verstreicht vom Antrag auf Beistandschaft bis zu deren Errichtung. Ähnliche Kommentare möchte ich zur Produktegruppe 61, Baubewilligungswesen, anfügen: Das Leistungsziel der Produktegruppe "Effiziente Abwicklung der Baubewilligungsverfahren" ist weniger gut erreicht worden. Dabei sind die Bearbeitungsfristen in diesem Indikator schon sehr lang gewählt worden, nämlich zwischen 30 und 120 Tagen. Jedes dritte Baugesuch konnte aber nicht in dieser Zeit abgewickelt werden. Hier ist wenig erkennbar, ob die Verarbeitungsfrist der Baugesuche für einige Tage überzogen worden ist, es sich also um eine minimale Fristüberschreitung handelte, oder ob diese Baugesuche doppelt oder dreimal so lange brauchten. Diese Problematik wird eigentlich jedes Jahr im Einwohnerrat besprochen, ohne dass sich eine grosse Änderung abzeichnet. Wir werden also im nächsten Jahr sehen, ob entsprechende Korrekturen in den einzelnen Produktegruppen vorgenommen und die Leistungsziele besser erreicht werden konnten.

Jolanda Urech, Stadtpräsidentin: Ich bedanke mich für das Lob gegenüber der Verwaltung, welche die Unterlagen wiederum so aufbereitet hat, dass sie für alle gut einsehbar und nachvollziehbar sind. Es war sehr interessant, dass Sie sich in der Einschätzung dieser Rechnung praktisch unisono in allen Parteien einig waren und eine ähnliche Würdigung vorgenommen haben, zumindest was den Zahlenteil anbelangt. Dazu würde ich auch gerne noch einige Bemerkungen machen: Es ist tatsächlich so, dass die Rechnung in zweierlei Hinsicht gewürdigt

werden kann: Einerseits kann sie mit dem Budget 2013 verglichen werden. Man kann also diesen Bezug herstellen. Anderseits können die verschiedenen Kennzahlen genauer angeschaut werden. Dort kann man sich überlegen, wie diese einzuordnen sind und was sie bezüglich eines ausgeglichenen Finanzhaushaltes aussagen. Daraus ergibt sich wieder eine etwas andere Diskussion. Sie haben eigentlich in Ihrer Diskussion auch beides zum Ausdruck gebracht. Wenn man die Rechnung mit dem Budget vergleicht, kann man relativ viel Lob aussprechen. Das haben Sie ja auch gemacht. Die Nettoinvestitionen liegen deutlich unter dem Budget. Allerdings ist nicht erfreulich, dass der Realisierungsgrad mit 65,6 % nicht so hoch war. Das ist eigentlich nicht befriedigend, der Realisierungsgrad sollte deutlich höher sein. Aber Sie haben auch festgestellt, dass die Selbstfinanzierung deutlich höher als erwartet war und deutlich über dem Budget lag. Die höheren Beteiligungserträge des Verwaltungsvermögens und die Erträge des Anlagefonds spielten dabei eine Rolle. Der Nettoaufwand stieg deutlich weniger als budgetiert. Es kann gesagt werden, dass es erste Sparanstrengungen waren, welche hier von Stabilo 1 her sichtbar geworden sind. Die Steuereinnahmen der juristischen Personen sind gestiegen. Diejenigen der natürlichen Personen sind im Vergleich zum Vorjahr stabil geblieben, auch wenn sie unter den Erwartungen des Budgets liegen. Wie Sie richtig erkannt haben, ist das zu optimistisch budgetiert worden. Wenn man aber die zweite Brille anzieht und die Rechnung in Bezug auf einen ausgeglichenen Finanzhaushalt anschaut, haben Sie eigentlich auch unisono dieselbe Einschätzung gemacht: Der Finanzhaushalt ist überhaupt noch nicht im Gleichgewicht. Die Selbstfinanzierung ist im Verhältnis zu den geplanten Nettoinvestitionen der nächsten Jahre zu tief und wird deshalb zu einem Vermögensabbau führen. Das Nettovermögen reduziert sich zwar weniger stark als budgetiert, weil die tieferen Nettoinvestitionen und die höhere Selbstfinanzierung zu diesem deutlich tieferen Finanzierungsfehlbetrag führen. Aber trotzdem bewirkt die stetige Reduktion des Nettovermögens, dass entsprechend der Vermögensertrag geschmälert wird. Es wurde heute Abend auch gesagt, dass wir somit von unserem Vermögen leben. Das Fazit daraus ist, dass die Stadt Aarau einerseits eine hervorragende Vermögenslage hat, wie Sie das ebenfalls aus den Kennzahlen herauslesen konnten. Wenn man das mit anderen Gemeinden oder Städten vergleicht, stellt man fest, dass wir mit unseren rund 6'000 Franken Vermögen pro Einwohnerin und Einwohner doch sehr feudal dastehen. Anderseits generieren wir zu wenig Mittel aus der laufenden Rechnung, um unsere Investitionen zu bezahlen. Nach der Analyse kommt nun also die interessante Frage, was das für die Zukunft heisst. Um das Gleichgewicht zwischen der Selbstfinanzierung und den Nettoinvestitionen zu erreichen, braucht es Massnahmen auf verschiedenen Ebenen. Dazu gibt es verschiedene Möglichkeiten: Die Investitionen können reduziert oder verschoben werden, der Aufwand kann in der Erfolgsrechnung reduziert und/oder der Ertrag kann erhöht werden. Es ist heute Abend richtig erkannt worden, dass sowohl der Stadtrat, wie auch der Einwohnerrat in Zukunft gleichermassen gefordert sein werden, wenn es um Beschlüsse darüber geht, welche Massnahmen zu einem, über mehrere Jahre gesehen, im Durchschnitt ausgeglichenen Finanzhaushalt beitragen können. Es wird deshalb eine breite, finanzpolitische Diskussion brauchen, insbesondere auch darüber, wie es bereits Oliver Bachmann angesprochen hat, wofür eigentlich unser Vermögen eingesetzt werden sollte. Wollen wir das Vermögen weiterhin halten oder abbauen, bis nichts mehr vorhanden ist? Wollen wir es umschichten und in etwas investieren? Welche Investitionen lohnen sich überhaupt? Was wollen wir und wie viel ist uns das wert? Wollen wir uns auch von Sachen trennen, um wieder in Neues investieren zu können? Auch das ist eine wichtige Frage. Lassen Sie mich noch etwas zu Stabilo 2 sagen, denn auch das ist heute verschiedentlich genannt worden: Im Rahmen von Stabilo 2 sind vom Stadtrat verschiedene externe Aufträge gutgeheissen worden, welchen der Einwohnerrat im letzten Herbst mit der Sprechung eines Investitionskredits in der Höhe von 470'000 Franken zugestimmt hat. Diese Abklärungsaufträge werden

Aussagen zu organisatorischen Fragen, wie auch zu Fragen der Effizienz und des Standards machen. Insbesondere wird auch geprüft werden, was es heissen würde, die Investitionen ab dem Jahr 2018 auf 15, 18 oder 20 Mio. Franken zu beschränken. Diese drei Szenarien möchte man diskutieren können. Die entsprechenden Offerten liegen im Moment mehr oder weniger vor oder gehen noch ein. Die Steuerungsgruppe wird sie Ende Mai sichten können, sodass der Stadtrat anschliessend die Aufträge vergeben kann. Bis im November wird der Schlussbericht vorliegen, welcher Basis für die politische Diskussion sein wird. Die Steuerungsgruppe, welche sich jetzt dann wieder trifft, wie auch der Stadtrat werden sich Gedanken darüber machen müssen, wie der Einwohnerrat und insbesondere das Begleitgremium, welches konstituiert worden ist, wirkungsvoll in den Prozess eingebunden werden können. Ich denke, hier müssen wir ganz eng zusammenarbeiten, um zu Resultaten zu gelangen. Bei der Gesamtbeurteilung werden nebst Stabilo 2, und auch das ist heute bereits angesprochen worden, auch allfällige Ertragsanpassungen zu diskutieren sein. Ein Tabu darf auch dieses Thema nicht sein. Der Stadtrat und der Einwohnerrat stehen in der Verantwortung, auch weiterhin auf eine nachhaltige und positive Entwicklung unserer Stadt hinzuwirken. Der diesjährige Wakkerpreis ehrt unsere Stadt für die vorbildliche Umsetzung einer qualitätsvollen Verdichtung am richtigen Ort. Das Städteranking attestiert uns einen sehr guten elften Rang unter 345 Städten. Das Stadtmonitoring hat uns zurückgemeldet, wie hoch die Lebensqualität in Aarau ist und wie gerne die Menschen in unserer Stadt wohnen. Zu diesen Erfolgsfaktoren müssen wir auch in Zukunft Sorge tragen und unsere Stadt umsichtig weiterentwickeln. Die Vitalität der Stadt muss auch weiterhin erhalten bleiben. Es wird eine Kunst sein, das alles unter einen Hut zu bringen, nämlich einen ausgeglichenen Finanzhaushalt und eine Stadt, welche prosperieren kann. Ich bin zuversichtlich, dass es gelingen kann, wenn wir es zusammen unter diesem Aspekt und mit dieser Optik angehen. Das sind meine Ausführungen zur Würdigung der Rechnung und den allgemeinen Ausführungen.

Danièle Zatti Kuhn, Präsidentin: In den Fraktionsvoten waren schon einige Detailbemerkungen zu hören. Wir werden trotzdem den ganzen Jahresbericht Ziffer für Ziffer zügig durchgehen. Dabei können Sie Voten oder Fragen anbringen. Zum Jahresbericht und der Rechnung 2013 liegen keine Wortmeldungen vor. Nachdem keine Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir zu den

Abstimmungen

Abstimmung über den Antrag 1:

Der Einwohnerrat fasst einstimmig folgenden

<u>Beschluss</u>

Der Jahresbericht für das Jahr 2013 wird gutgeheissen.

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 1 der Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum.

Abstimmung über den Antrag 2:

Der Einwohnerrat fasst einstimmig folgenden

Beschluss

Die Rechnung der Einwohnergemeinde Aarau für das Jahr 2013 wird genehmigt.

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 1 der Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum.

Abstimmung über den Antrag 3:

Der Einwohnerrat fasst einstimmig folgenden

Beschluss

Die WOSA-Motion der Sachkommission "Produktegruppen 30 und 31" wird abgeschrieben.

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 2 der Gemeindeordnung keinem Referendum.

38. Aufstockung Primarschule Telli; Photovoltaikanlage

Mit Botschaft vom 7. April 2014 unterbreitet der Stadtrat dem Einwohnerrat zu diesem Geschäft den folgenden

Antrag: *Der Einwohnerrat möge keinen Verpflichtungskredit zur Erstellung einer Photovoltaikanlage auf dem Primarschulhaus Telli beschliessen.*

Danièle Zatti Kuhn: Die FGPK hat dieses Geschäft an ihrer Sitzung vom 29. April diskutiert. Sie verzichtet auf einen Antrag an den Einwohnerrat und ein Kommissionsreferat, da es zum Zeitpunkt der FGPK-Sitzung noch offene Fragen und ausstehende Abklärungen seitens des Stadtrates bezüglich der Vermietung des Daches an Dritte gab. Wir haben jetzt die ungewöhnliche Situation, dass ein negativer Antrag vorliegt. Heute Morgen ist ein **Abänderungsantrag** von Alexander Umbricht, Grünliberale, eingetroffen mit folgendem Wortlaut:

Der Einwohnerrat möge einen Verpflichtungskredit für die Erstellung einer Photovoltaikanlage auf dem Primarschulhaus Telli im Betrag von Fr. 410'000.- inkl. MWST gutheissen. Der Kredit sei nur zu verwenden, wenn kein Investor (beispielsweise IBAarau AG) gefunden werden kann, der die Photovoltaikanlage auf eigene Kosten realisiert.

Danièle Zatti Kuhn, Präsidentin: Wenn dieser Abänderungsantrag angenommen wird, wird der Antrag des Stadtrates obsolet, da dieser ja keinen Verpflichtungskredit will. Falls der Abänderungsantrag abgelehnt wird, ist gleichzeitig auch der stadträtliche Antrag angenommen, welcher keinen Verpflichtungskredit will. Deshalb braucht es in diesem Falle keine Abstimmung mehr über den stadträtlichen Antrag. In diesem Sinne werden wir nur einmal über den Abänderungsantrag abstimmen. Mit diesem Vorgehen sind alle einverstanden. Für die Behandlung des Geschäftes schlage ich folgenden Ablauf vor: Zuerst erhält der Stadtrat das Wort, um über die inzwischen getätigten Abklärungen zu informieren. Anschliessend kann Alexander Umbricht seinen Abänderungsantrag begründen. Danach kommen die Stellungnahmen der Fraktionen oder Einzelrednern. Abstimmen werden wir, wie ich vorher erläutert habe, nur über den Abänderungsantrag. Zu diesem Vorgehen gibt es keine Wortmeldungen. Das Eintreten auf das Geschäft ist nicht bestritten.

Franziska Graf, Stadträtin: Ich freue mich, dass ich Ihnen wenigstens heute Abend gute Neuigkeiten erzählen kann: Am 3. März 2014 hat der Stadtrat aufgrund wirtschaftlicher Gründe entschieden, dass keine Photovoltaikanlage auf dem Dach des Primarschulhauses Telli gebaut werden solle. Das wissen Sie ja. Am 19. März haben Gabriela Suter, Micha Siegrist, Ueli Hertig, Alexander Umbricht und Therese Dietiker die dringliche Motion "Aufstockung Primarschule Telli: Kreditbegehren für die Installation einer Photovoltaikanlage" eingereicht. Wie Sie wissen, hat der Einwohnerrat diese Motion am 24. März 2014 an den Stadtrat überwiesen. Das hiess für den Stadtrat, dass er sich Gedanken machen musste, wie er plötzlich Installateur und Betreiber einer Photovoltaikanlage werden kann. In der Verwaltung gibt es dafür keine Fachfrau und keinen Fachmann. Deshalb musste ein externes Büro zugezogen werden. Der Stadtrat wählte absichtlich ein anderes Büro, als dasjenige, welches uns die Wirtschaftlichkeitsberechnungen durchgeführt hatte, aufgrund derer der Stadtrat den ersten Ent-

scheid gefällt hatte. Der Stadtrat musste eine Ausschreibung durchführen, da es darum ging, dass die Stadt Aarau selber eine Photovoltaikanlage auf das Dach montieren würde. Gleichzeitig, wie die Presse über die Überweisung der dringlichen Motion berichtete, meldeten sich drei verschiedene Interessenten, welche gerne diese Anlage in Aarau auf dem Schulhausdach hätten betreiben wollen. So entstand die Situation, dass es plötzlich zwei verschiedene Möglichkeiten gab, nämlich die Investition durch die Stadt Aarau, so wie es die Motion verlangt, oder die Investition durch einen sog. Contractor. Ihm würde einfach die Dachfläche vermietet und er würde die Anlage bauen und betreiben. Der Stadtrat hat dem Elektroplanerbüro den Auftrag direkt erteilen können, uns zu beraten und alle Varianten zu vergleichen. Bei der Investition durch die Stadt Aarau wäre auch die Variante möglich, dass der Strom gleich vom Schulhaus Telli verbraucht oder der Strom an Dritte verkauft werden könnte. Bei der Variante mit der Vermietung der Dachfläche ist klar, dass der Strom durch den Contractor verkauft würde. Durch die Ausschreibung für einen Bau der Photovoltaikanlage durch die Stadt Aarau entstand eine gewisse Eingabefrist, welche eingehalten werden musste, damit die Analysen und Auswertungen überhaupt durchgeführt werden konnten. Das löste dann auch den enormen Zeitdruck aus. Am 4. Mai ist die Analyse durch das Beratungsbüro bei uns eingetroffen. Am selben Tag hat die Baudelegation darüber beraten und dem Stadtrat einen Vorschlag unterbreitet, welchen der Stadtrat heute vor ein paar Stunden beraten und darüber entschieden hat. Ich hoffe, dass ich die drei Varianten etwas verständlich erklären konnte. Sonst würde ich nachher Fragen dazu beantworten. Ich fahre jetzt einmal fort. Das Beratungsbüro hat der Stadt Aarau ganz klar empfohlen, das Angebot der IBAarau AG als Contractor anzunehmen. Die IBAarau AG hat, und das möchte ich hier einfach noch als Randbemerkung anfügen, ebenfalls eine Offerte eingegeben, falls die Stadt die Anlage selber betreiben möchte. Es ist bei der Analyse ganz klar herausgekommen, dass die Stadt auf einer sehr guten Position stehen würde, falls sie das Angebot der IBAarau AG annehmen würde. Das Risiko des Betreibers entfällt. Man hat auch das Risiko nicht, welcher Preis dann einmal bezahlt wird, denn das kann zum heutigen Zeitpunkt eigentlich niemand wirklich voraussagen. Man sah, dass von den drei Anbietern, wovon allerdings einer sein Angebot wieder zurückgezogen hat, da er die Dachfläche als doch zu klein einschätzte, die IBAarau AG der Stadt das beste Angebot unterbreitet hat. Diese Ausgangslage hat der Stadtrat heute beraten und folgt eigentlich der Empfehlung des Beratungsbüros wie auch dem Vorschlag der Baudelegation. Deshalb möchte Ihnen der Stadtrat heute schmackhaft machen, seinem Antrag zu folgen, also keinen Kredit zu beschliessen, damit der Stadtrat, so wie er es heute unter Vorbehalt Ihrer Entscheide bereits beschlossen hat, den Vertrag mit der IBAarau AG unterzeichnen könnte. Der Vertrag liegt vor und der Stadtrat wartet Ihren Entscheid heute Abend ab. Bei einer Zustimmung könnte morgen bereits weitergearbeitet werden. Damit die Bauinstallationen der Schulhausaufstockung genutzt werden könnten, also nicht z.B. zusätzlich ein Kran für die Photovoltaikanlage geholt werden muss, braucht es eine ganz grosse Flexibilität – dies nicht zuletzt von Ihnen allen, dass Sie sich nämlich heute Abend so unvorbereitet mit diesem Geschäft auseinandersetzen. Dafür möchte ich mich ganz herzlich bei Ihnen allen bedanken. Ich danke aber auch für die Flexibilität und das unglaubliche Entgegenkommen des Büros, welches diese Aufstockung plant. Sie haben ganz viel Arbeit geleistet. Ich danke auch der Baudelegation und den zuständigen Mitarbeitenden des Stadtbauamtes. Und nicht zuletzt danke ich der IBAarau AG, welche extrem schnell und flexibel mit uns den Vertrag ausarbeiten konnte. Das sind die Ausführungen von Seiten des Stadtrates.

Alexander Umbricht: Ich stelle den **Ordnungsantrag** auf eine kurze Pause von 10 Minuten.

Der **Ordnungsantrag** auf eine kurze Pause wird mit 37 Ja-Stimmen gegen 6 Nein-Stimmen **angenommen.**

Kurze Pause

Alexander Umbricht: Ich hoffe, Sie konnten die Pause geniessen. Immerhin dafür ist eine Photovoltaikanlage gut. "Ich würde mein Geld auf die Sonne und die Solartechnik setzen, was für eine Energiequelle. Ich hoffe, wir müssen nicht erst die Erschöpfung von Erdöl und Kohle abwarten, bevor wir das angehen." Was nach einer modernen Aussage tönt, hat bereits Thomas Alva Edison vor 83 Jahren zu Protokoll gegeben. Bekannt geworden ist er als Erfinder der Glühlampe. Leider hat sich seine Erkenntnis über die Sonnenenergie nicht gleich gut durchgesetzt wie die Glühlampe. Nachdem die Glühlampe inzwischen wieder Geschichte ist, hat die Sonnenenergie immer noch eine grosse Zukunft. Das hat auch die IBAarau AG erkannt und investiert pro Jahr eine Mio. Franken in ihre Photovoltaikanlagen. Wie wir jetzt aus dem FGPK-Protokoll entnehmen konnten und auch Stadträtin Franziska Graf ausgeführt hat, ist die IBAarau AG ebenfalls interessiert, die Photovoltaikanlage auf dem Tellischulhaus zu bauen. Das heisst, es scheint ein interessantes Objekt zu sein, auch wenn das in einer anderen Abklärung anders getönt hat. Persönlich würde ich es extrem begrüssen, wenn die IBAarau AG diese Photovoltaikanlage baut. Ich bin auch nicht der Meinung, dass die Stadt Betreiberin von Photovoltaikanlagen sein sollte. Deshalb haben wir ja auch ein gleichlautendes Postulat eingereicht, welches grundsätzlich die Dächer der Stadt für Photovoltaikanlagen zur Verfügung stellen möchte. Das gilt auch für das Dach des Tellischulhauses. Der Vertrag ist noch nicht unterschrieben. Wir möchten einfach einen Plan B haben. Deshalb lautet der Abänderungsantrag auf Fr. 410'000.- auch so, dass er nur gültig ist, wenn die IBAarau AG oder ein anderer Betreiber keine Photovoltaikanlage baut. Dieser Antrag verunmöglicht das der IBAarau AG also nicht, sondern er sieht die IBAarau AG als Bauherr und Betreiber, also als Contractor dieser Photovoltaikanlage, vor. Der Antrag sagt einfach, dass für den Fall der Fälle und aus welchen Gründen auch immer, wenn sich die IBAarau AG also wieder zurückzieht und in der Kürze kein anderer Contractor gefunden werden kann, die Stadt 410'000 Franken zur Verfügung hat, um diese Photovoltaikanlage zu bauen. Diese 410'000 Franken werden auch bestens reichen, denn ich gehe davon aus, und das haben auch die Eingaben gezeigt, dass die Module billiger kommen, als ursprünglich berechnet. Mit esak und Gegenvorschlag wurde bereits mehrfach erwähnt, dass wir, und dies als Erinnerung, 7'500 Franken sparen müssten, um eine schwarze Null auf dreissig Jahre zu bekommen. Das sind also 250 Franken pro Jahr. Frau Graf könnte da sicher noch Auskunft geben, aber man hat für die Wechselrichter ein Häuschen vorgesehen, welches mehrere tausend Franken kosten würde. Wechselrichter sind aber wetterfest. Wechselrichter sind diese Geräte, welche den Gleichstrom der Photovoltaikanlage in Wechselstrom des Netzes umwandeln. Diese Wechselrichter sind relativ teuer, das ist ziemlich viel Hightech. Dafür hat man ein Häuschen für viele tausend Franken vorgesehen, das es aber per se nicht braucht, das kann man einfacher lösen. Und schon hat man 7'500 Franken gespart. Mir geht es jetzt gar nicht um das einzelne Gerät, sondern wirklich darum, noch einmal zu sagen, dass Sie bitte den Abänderungsantrag unterstützen möchten. Er sieht eigentlich im Idealfall vor, dass die IBAarau AG als Contractor diese Photovoltaikanlage baut. Für den Fall der Fälle, dass etwas nicht so läuft, steht das Geld trotzdem zur Verfügung, damit die Stadt in die Bresche springen könnte.

Susanne Heuberger: Eigentlich hätte ich mir gewünscht, dass soviel Einsicht und Vernunft da wäre, dass man den Abänderungsantrag zurückgezogen hätte. Dies vor allem deshalb, weil Alexander Umbricht, und ich habe das wohl wirklich richtig verstanden, gleich vorhin in sei-

nem Votum gesagt hat, dass wir eigentlich gar nicht möchten, dass die Stadt Aarau eine Photovoltaikanlage betreibt. Genau darum geht es: Die Stadt muss und kann nicht Betreiber einer solchen Anlage sein, also kein Stomproduzent. Das ist nicht Sache der öffentlichen Hand. Das ist bei der IBAarau AG sehr gut angesiedelt. Es ist schade, dass dieser Antrag nicht zurückgezogen wird. Von Seiten der SVP können wir ihn auf keinen Fall unterstützen. Wir haben das bis jetzt immer in unseren Voten gesagt, also auch bei der Überweisung der Motion, dass es nicht Aufgabe der öffentlichen Hand ist. Die Wirtschaftlichkeit wurde ebenfalls noch einmal angesprochen. Dieses Argument hat auch der Stadtrat bei seinem "Nichtantrag" ins Feld geführt. Die einen sagen, es sei zu wenig wirtschaftlich und die anderen meinen, es sei knapp nicht wirtschaftlich. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir hier im Einwohnerrat könnten unser Amt sofort niederlegen, wenn wir alles hier im Saal nur nach der Wirtschaftlichkeit beurteilen würden. Wir haben praktisch nichts, was wirtschaftlich ist und rentiert. Deshalb ist es etwas einseitig, nur auf die Wirtschaftlichkeit abzuzielen und so zu argumentieren. Wir haben, so hat es die Einwohnerratspräsidentin gesagt, nur die Möglichkeit, über den Abänderungsantrag abzustimmen. Ich möchte beliebt machen, dass man dies eben nicht so tut. Der Antrag des Stadtrates, welcher jetzt keine Photovoltaikanlage beschliessen will, kann mit dem Zusatz ergänzt werden, dass man das so, wie es jetzt im Vertrag skizziert ist, an die IBAarau AG delegiert. In diesem Sinne haben wir dann einen Antrag des Stadtrates, nämlich sein Versprechen und seine Zusage, dass er mit der IBAarau AG gewillt ist, diesen Vertrag zu unterschreiben. In diesem Sinne wäre auch der Abänderungsantrag nachher obsolet. Ich möchte beliebt machen, wenn das geht, und das müsste man mir vielleicht noch bestätigen, den stadträtlichen Antrag entsprechend zu ergänzen. Der stadträtliche Antrag sollte beinhalten, dass man nur deshalb die Photovoltaikanlage nicht beschliessen würde, weil man im Sinne hat, das mit der IBAarau AG zu tun. Wir begrüssen das sehr. Wir möchten der IBAarau AG danken, dass sie ihr Kerngeschäft wirklich auch zum Kerngeschäft macht. In diesem Sinne werden wir den Abänderungsantrag ablehnen und möchten beliebt machen, den stadträtlichen Antrag in einen wirklichen Antrag umzuwandeln, welcher beinhaltet, dass die IBAarau AG den Zuschlag bekommt, diese Anlage zu erstellen.

Danièle Zatti Kuhn, Präsidentin: Wenn die SVP den stadträtlichen Antrag so ergänzt haben möchte, müsste ein entsprechender Antrag gestellt werden. Wir fahren im Moment fort mit der Debatte.

Christian Oehler: Misstrauen ist ja schon gut, aber ein bisschen darf man dem Stadtrat schon auch einmal vertrauen. Es waren Experten am Werk, welche das angeschaut haben. Wenn sie überzeugt sind, dann machen sie das und dann macht es auch die IBAarau AG. Es kann doch wirklich nicht sein, wie das schon erwähnt worden ist, dass die Stadt Installateur und Betreiber einer solchen Anlage ist. Da fehlt ihr doch einfach das Fachwissen und die Kompetenz. Der Plan B ist schon eine gute Idee. Wenn die Fachleute aber an der Anlage zweifeln, dann geht die Stadt Aarau in ein Projekt, welches auch bezweifelt werden kann, wenn die Fachleute mit ihren Kenntnissen schon bezweifeln, dass es realistisch sei. Aus diesem Grund geben wir die Empfehlung ab, dass der Abänderungsantrag zurückgezogen und dem stadträtlichen Antrag gefolgt wird.

Peter Roschi: Mit grosser Freude nehmen wir zur Kenntnis, dass nun die IBAarau AG bereit ist, die Photovoltaikanlage auf dem Tellischulhaus zu realisieren. Für die Stadt Aarau entstehen somit keine Kosten und auch kein Verlust von 7'500 Franken, sondern ein Gewinn von 15'500 Franken, wenn ich das FGPK-Protokoll richtig gelesen habe. Laut diesem Protokoll hat sich die IBAarau AG bis heute nie zur Wirtschaftlichkeit einer solchen Anlage geäussert.

Persönlich, und als ehemaliger Auszubildender und Mitarbeiter dieser Firma, kann ich mir einfach nicht vorstellen, wie eine Firma nun plötzlich bereit wäre, in eine Anlage zu investieren, die nicht rentieren würde. Es wäre schön, wenn wir zur Wirtschaftlichkeit dieser Anlage noch etwas hören würden. Für zukünftige Projekte wäre es schön, rechtzeitig private Anbieter von Photovoltaikanlagen mit ins Boot zu holen. Ich selber bin daran, eine Photovoltaikanlage daheim zu bauen. Verschiedenste Anbieter haben mir gesagt, dass es Investoren gäbe, welche Millionenbeträge hätten und sofort bereit wären, in Anlagen zu investieren. Ich verstehe nicht ganz, weshalb man diese nicht früher mit ins Boot genommen hat. Die CVP freut sich, dass auf dem Dach des Tellischulhauses in Zukunft Strom produziert wird und stimmt der Vorlage einstimmig zu.

Gérald Berthet: "Das einzige Organ, das wirklich weh tut, ist das Portemonnaie". Dieser Satz stammt von einer Freundin unserer Familie, welche in Aarau eine Arztpraxis betreibt. Das scheint auch für den Stadtrat zu gelten – einmal etwas mehr, dann wieder etwas weniger. Offensichtlich schmerzt es bei der Solaranlage heftig. Die Rentabilität sei das Problem. Es ist müssig zu sagen, und das haben wir vorhin wieder gehört, dass bezüglich der Wirtschaftlichkeit je nach Berechnung ein anderes Resultat herauskommt. Wer weiss schon, wie der Strompreis in einem oder in zehn Jahren sein wird? Von uns Grünen her gesehen ist der Stadtratsbeschluss, über welchen wir nun sprechen, nämlich keine Anlage zu bauen, ein völliger Unsinn. Wie könnte man das sonst noch anschauen, um zu einem Entscheid zu kommen? In einer der letzten Sachkommissionssitzungen versprach Lukas Pfisterer als Antwort auf meine Frage, weshalb auf dem Tellischulhausdach keine Solaranlage geplant sei, dass der Stadtrat ein Projekt plane und dem Rat vorstellen werde. Für mich ist es ein Verstoss gegen Treu und Glauben, wenn das jetzt fast klammheimlich hätte beerdigt werden sollen. Wenn Gabriela Suter nicht da gewesen wäre, wäre es vielleicht soweit gekommen. Nebst der Rendite könnte man sich auch fragen, ob es nicht gerechtfertigt wäre, den Schülern vom Tellischulhaus, ja von ganz Aarau, und den Lehrpersonen praktischen Anschauungsunterricht zu bieten, wie eine solche Anlage funktioniert und läuft – ohne zu stinken, ohne Lärm zu machen und ohne dauernd kontrolliert und gewartet zu werden. Beim AKW Gösgen gehen auch ganz viele Schulklassen von Aarau zu Besuch. Warum soll eine Investition von 400'000 Franken nach der Botschaft, welche wir jetzt besprechen, nicht eine gute Geldanlage sein? Im Übrigen geht es auch noch um den Ausstieg aus der Atomenergie und um die 2000-Watt-Gesellschaft, welche vom Volk beschlossen worden ist. Der Stadtrat meint ja hoffentlich nicht, dass diese Ziele mit Gebäudesanierungen alleine erreichbar wären. Jetzt muss dieser Auftrag der Stimmbürger ohne Wenn und Aber endlich umgesetzt werden. Dank der damaligen Opposition gegen die unnötige Containerlösung im Tellischulhaus haben wir 600'000 Franken eingespart. Da wäre es doch nichts als recht, wenn der Stadtrat dieses Geld bei demselben Schulhaus teilweise wieder einsetzen würde. "Politik ist ein komisches Geschäft und verdirbt den Charakter", hat letzthin ein guter Freund zu mir gesagt. Ich habe das Loblied der Demokratie entgegengehalten. Ehrlich gesagt, sehr geehrter Stadtrat, sehr geehrte Frau Präsidentin, frage ich mich in letzter Zeit, ob die Verluderung der Sitten Überhand nimmt. Sind Beispiele gefällig? Ich nenne ein paar: Der Stadtrat fährt eine vernichtende Niederlage am Bundesgericht ein. Die Stadtpräsidentin verneint die Verantwortung an dieser Niederlage und ist sich keiner Fehler bewusst. Das war die Antwort auf meine Anfrage. Das zeugt, von mir aus gesehen, nicht von einer Reflexion über sich selber und vor allem einer Fehlervermeidung in Zukunft. Mittlerweile wird das Geschäft in der AZ am Kochen gehalten und es kommen neue Fakten hervor. Auch der Stadtbaumeister macht keine gute Falle. Hat er in der FGPK falsche Informationen gegeben? Das letzte Mal haben wir von Petra Ohnsorg gehört, dass es unmöglich war, die Rechnung vom Gönhardschulhaus zu prüfen, weil ein Riesendurcheinander herrschte. Im Rat

wird immer öfter – heute ist das beste Beispiel dafür – Hektik verbreitet. Wir müssen deshalb unfertige Vorlagen beurteilen. Das letzte Mal war es die FuSTA, heute das Photovoltaikprojekt. Wir müssen kurzfristig entscheiden. Ja, sogar der geschriebene Antrag des Stadtrates zum Photovoltaikgeschäft ist fehlerhaft. Unter dem Abschnitt 6 auf der Seite 5 bricht der Satz mittendrin ab und geht nicht weiter. Es ist fast schon peinlich, dass dort steht, man habe die Variante, zuerst das Schulhaus aufzustocken und erst nachträglich die Anlage zu realisieren, nicht weiterverfolgt, weil sie teurer zu stehen käme. Ich glaube, jeder und jede von uns hier im Saal hätte das voraussagen können, auch ohne Spezialisten. Ich appelliere deshalb dringend an den Stadtrat: Kommen Sie zur Vernunft. Entscheiden Sie nicht einmal dagegen, wenn es um 400'000 Franken geht und umgekehrt dafür, wenn es um 3,3 Mio. Franken geht, welche man eigentlich verschenkt. Es ist endlich eine Energiestrategie gefragt, wie auch Qualität und Verlässlichkeit. Ich möchte auch die Einwohnerratspräsidentin in Pflicht nehmen, diesem Treiben etwas entgegenzusetzen. Vielleicht müssen wir alle uns auch bewusst sein, dass mit der Aufhebung der Sachkommission die demokratische Kontrolle durch das Parlament eher geschwächt worden ist. Ich komme zum Schluss: Es ist klar, wir Grünen wollen eine Anlage auf diesem Dach. Wenn die IBAarau AG ein Contracting macht, ist das gut. Wir wollen aber eine Sicherheit auf dem haben, was ich vorhin jetzt alles formuliert habe. Wahrscheinlich war ich zu blauäugig, aber in Zukunft werden wir das nicht mehr sein. Diese Sicherheit wäre der Abänderungsantrag von Alexander Umbricht. Der Antrag ist klar formuliert. Wenn dieser Vertrag zustande kommt, ist es gut. Wenn er nicht zustande kommt, möchten wir diesen Betrag von der Stadt gesprochen haben. Im Übrigen: Contracting und IBAarau AG ist nicht das goldene Ei der goldenen Eier. Wer sich ein bisschen kundig macht bezüglich Strompreise und Contracting, kann ganz einfach Contractor finden, welche für einen Drittel des Geldes Photovoltaikstrom anbieten, und zwar von diesem Dach.

Gabriela Suter: Das Geschäft "Photovoltaikanlage Primarschulhaus Telli" hat die SP-Fraktion etwas in ein Wechselbad der Gefühle geworfen: Einerseits haben wir grosse Freude verspürt, anderseits auch tiefe Enttäuschung. Ich komme zuerst zum Erfreulichen: Die SP-Fraktion ist erfreut darüber, dass die Demokratie in dieser Stadt Aarau offensichtlich funktioniert. Es zeigt sich, dass der Druck des Einwohnerrates einen Entscheid des Stadtrates korrigieren kann. Der Erfolg unserer Motion ist offensichtlich, und das freut uns auch sehr. Drei Tage nach der Überweisung der Motion hat die IBAarau AG bereits reagiert, eine Kehrtwende gemacht und ist nun doch bereit, in eine Photovoltaikanlage auf dem Primarschulhaus Telli zu investieren. Das ist toll. Es scheint, als hätten wir nun den Fünfer und das Weggli bekommen. Die IBAarau AG ist wirklich eine sehr kompetente Partnerin, und sie gehört uns ja eigentlich zu fast 100 %. Insofern ist sie prädestiniert dafür, diese Anlage selbst zu bauen. Anderseits sind wir bei diesem Geschäft wirklich auch enttäuscht worden: Wir sind enttäuscht, und das hat Gérald Berthet bereits gesagt, dass der Stadtrat das Geschäft nicht von sich aus dem Einwohnerrat vorgelegt hat, obwohl er es uns ja eigentlich in der Dezembersitzung und auch in der Sachkommissionssitzung in Aussicht gestellt und versprochen hat. Wir sind auch enttäuscht vom Stadtrat, dass er offensichtlich die 61 % der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, welche im März 2012 den Gegenvorschlag zur esak-Initiative angenommen haben, nicht so richtig ernst nimmt, obwohl diese signalisiert haben, dass sie die Energiewende auf lokaler Ebene wollen. Da müsste vielleicht allenfalls auch die SVP-Fraktion noch einmal in die neue, modifizierte Gemeindeordnung schauen. Es ist jetzt eben tatsächlich Aufgabe der Stadt, erneuerbare Energieträger zu fördern und die 2000-Watt-Gesellschaft in unserer Stadt voranzutreiben. Insofern kann nicht gesagt werden, es sei nicht Sache der Stadt. Es ist tatsächlich eine Aufgabe der Stadt, unter anderem Photovoltaikanlagen und erneuerbare Energieträger zu fördern. Photovoltaikanlage ja, aber nicht zu jedem Preis: Das haben wir ja auch an der

letzten Sitzung gehört. Dieser Satz ist mehrfach gefallen. Meine Damen und Herren, sagen Sie mir jetzt einfach, wieviel denn eigentlich die Energiewende effektiv kosten darf. Oder soll sie eigentlich auch noch rentieren? Ab wann ist eine Photovoltaikanlage in Ihren Augen eigentlich rentabel? Die Auskunftspersonen konnten in der FGPK diese Fragen nicht beantworten. Ist eine Anlage wirklich nur rentabel, wenn es einen monetären Gewinn gibt, oder gibt es vielleicht noch eine andere Form von Gewinn, wenn man auf erneuerbare Energieträger setzt und dort investiert? Wir sind überzeugt, dass die Stadt Aarau eine Vorbildfunktion hat, seit dem März 2012 noch ganz besonders. Sie soll mit gutem Beispiel vorangehen und die Nutzung von Sonnenenergie, wo immer möglich, fördern. Das steht auch genauso in der Gemeindeordnung. Wir erwarten deshalb vom Stadtrat, dass er sich in Zukunft wirklich für erneuerbare Energieträger einsetzt und den Wunsch der Stimmberechtigten ernst nimmt. Wir erwarten auch, dass der Stadtrat in Zukunft Vorlagen, welche er uns in Aussicht gestellt hat, auch wirklich vorlegt und wir nicht bitten müssen, bis sie dann endlich kommen. Nun zum Abänderungsantrag von Alexander Umbricht: Wir wollen ganz grundsätzlich, dass eine Photovoltaikanlage auf das Dach des Primarschulhauses Telli kommt. Sie soll realisiert werden, am allerliebsten von der Partnerin IBAarau AG. Diese Firma ist kompetent und kann das mit weniger Kosten realisieren. Das ist uns klar. Sie gehört quasi zur Familie, das ist umso besser. Falls nun aber, entgegen sämtlicher Annahmen und Äusserungen von heute Abend, doch kein entsprechender Vertrag zustande käme, sind wir der Überzeugung, dass eben doch die Stadt investieren sollte. In diesem Falle soll es trotzdem Aufgabe der Stadt sein. Wir wollen eine Photovoltaikanlage, unter dem Strich mit einer roten oder schwarzen Null oder sogar einem kleinen Gewinn für die Stadtkasse. Wenn wir diesem Antrag grossmehrheitlich zustimmen, dann ist das wirklich kein Misstrauen gegenüber dem Stadtrat, sondern der Wunsch nach klaren Verhältnissen, und dies bereits heute Abend. Wir wollen, dass es zu 100 % klar ist, und nicht nur zu 99,9 %, dass auf diesem Dach eine Photovoltaikanlage erstellt werden soll.

Susanne Heuberger: Ich habe es in meinem Votum vorhin angetönt: Uns wäre es am liebsten, wenn der stadträtliche Antrag in einen Abänderungsantrag umgewandelt werden könnte. Wir haben uns auch Gedanken gemacht, wie dieser aussehen könnte. Wir hätten nun eine Formulierung. Nun haben wir aber vorhin diskutiert, ob wir nicht doch besser über diesem Geplänkel stehen wollen und ganz klar den Abänderungsantrag, so wie er immer noch auf dem Tisch ist, ablehnen. Am Schluss kommt es auf dasselbe heraus. Ich möchte den Abänderungsantrag doch einmal vorlesen, wie wir ihn uns gedacht haben:

Der Einwohnerrat möge keinen Verpflichtungskredit zur Erstellung einer Photovoltaikanlage auf dem Primarschulhause Telli beschliessen, ***sondern die Dachfläche für die Erstellung und den Betrieb der IBAarau AG vermieten.***

Das wäre ein Antrag, so wie wir ihn uns vorstellen könnten. Man könnte ihn dem stadträtlichen Antrag gegenüberstellen. Aber eben, wie gesagt, ich denke, es bringt nichts. Es ist wie ein Trotzen. Man will jetzt die Photovoltaikanlage, wie auch immer. Diejenigen, welche trotzen möchten, die sollen das tun. Das Stimmvolk oder diejenigen, welche die Presseberichte lesen, kommen dann vielleicht schon darauf, was da alles dahintersteckt. Ich persönlich möchte einfach noch etwas loswerden: Gérald Berthet hat erwähnt, die Politik verderbe den Charakter. Ich gebe mir persönlich sehr grosse Mühe, im neunten Jahr im Einwohnerrat charakterfest zu bleiben. Aber wenn Gérald Berthet das Gefühl hat, das sei wirklich so, dann möchte ich ihm dringendst raten, zurückzutreten, sonst ist er plötzlich selber betroffen. Wir stellen also keinen Abänderungsantrag.

Franziska Graf, Stadträtin: Ich möchte nur ein paar Punkte erwähnen: Die Vermietung liegt in der Kompetenz des Stadtrates. Über alle anderen Mietverträge wird er Sie nicht befragen und auch nicht orientieren. Seien Sie froh, dass wir das nicht tun. Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, dass bereits ein Stadtratsentscheid vorliegt und der Vertrag unterschrieben werden soll, sofern Sie heute Abend nichts Anderes entscheiden. Ich komme noch kurz zur Wirtschaftlichkeit: Es ist wirklich so, dass wir im Stadtrat Vertrauen zu Beratern haben müssen, welche Fachleute sind auf ihrem Gebiet. Kein Mitglied des Stadtrates und auch nicht die Stadtschreiber verfügen über das notwendige Fachwissen betr. Photovoltaikanlagen. Nach den ersten Berechnungen und dem Votum im Einwohnerrat, dass eine solche Lösung auch günstiger zu haben wäre, hat der Stadtrat ein zweites Unternehmen für eine Beratung angefragt. Dieses Büro hat uns bestätigt, dass die vom ersten Büro gemachten Berechnungen korrekt seien. Es ist für den Stadtrat extrem schwierig, das nicht zu glauben. Es ist aber klar, und das haben Sie auch gesagt, dass niemand die zukünftig zu erwartenden Preise voraussagen kann. Da spielen so viele Faktoren mit. Es kann sein, dass es extrem rentiert innerhalb dieser 30 Jahre. Es kann aber auch sein, dass wir viel darauflegen bis in 30 Jahren. Ich würde behaupten, dass das niemand von uns hier voraussagen kann. Soviel zur Wirtschaftlichkeit, wie wir es beurteilen können. Ich muss Ihnen auch sagen, dass die Zeit dermassen knapp war. Ich habe Ihnen vorhin die Termine genannt. Die Tabelle mit den Angeboten, falls wir die Anlage selber errichten würden, liegt vor, war für mich aber zweitrangig. In der Baudelegation haben wir aber entschieden, dass wir dem Stadtrat die Variante 3, also mit dem Contractor, vorschlagen wollen. Ich habe mich dann auf diese Variante konzentriert. Es hat dann noch genug Zeitdruck gegeben, dass es so herausgekommen ist, wie es jetzt dasteht. Der Stadtrat hat die IBAarau AG schon vor einiger Zeit angefragt, ob sie Interesse hätten, diese Photovoltaikanlage zu bauen und zu betreiben. Die IBAarau AG hat damals dankend abgelehnt. Es war aber schon damals von Seiten der IBAarau AG ganz ausdrücklich nicht von Wirtschaftlichkeit die Rede und ist es auch jetzt nicht. Das Dach ist immer noch gleich gross und es rentiert sich heute nicht stärker, als es das vor einem Jahr getan hätte. Aber Herr Hans-Kaspar Scherrer, CEO der IBAarau AG, hat Stellung genommen, wieso sie jetzt darauf eingehen und uns doch ein Angebot unterbreiten. Die IBAarau AG hat entschieden, und ich glaube, das hat Alexander Umbricht bereits erwähnt, dass sie jedes Jahr bis ins Jahr 2020 eine Mio. Franken in Photovoltaikanlagen investieren wollen. Sie möchten das aber verteilt auf die ganze Region tun und nicht nur in der Stadt Aarau, was verständlich ist. Jetzt ist das aber etwas schwieriger, als sie das anfangs gedacht haben. Ein geeignetes Dach muss zuerst einmal eine gewisse Grösse haben. Das Schulhausdach in der Telli ist dabei eher grenzwertig. Aber es muss, was noch viel wichtiger ist, die nötige Tragfähigkeit gegeben sein. Das ist bei vielen Dächern nicht so, weil man das nicht so geplant hatte. Zudem muss sicher sein, dass in den nächsten Jahren weder eine Dachsanierung noch eine Aufstockung oder gar ein Abriss durchgeführt wird. Das ist logisch, denn sonst lohnt es sich nicht. Aufgrund der Pressemitteilungen über den Einwohnerratsentscheid zu diesem Geschäft mit der Überweisung der dringlichen Motion hat sich Hans-Kaspar Scherrer noch einmal Gedanken gemacht und sich sofort bei uns gemeldet. Soweit zu diesem Thema. Zum Schluss komme ich auf das Votum von Gérald Berthet zu sprechen: Er hat gesagt, das Thema hätte klammheimlich beerdigt werden können oder der Stadtrat habe vielleicht sogar diese Absicht gehabt. Der Stadtrat hat bei seiner Entscheidung, dass er diese Photovoltaikanlage nicht bauen möchte, auch entschieden, dass er die Einwohnerräte informiert. Wie er das tat, war vielleicht eine etwas spezielle Form, weil es die bis jetzt einfach noch nicht gegeben hat. Der Stadtrat hat die FGPK informiert und über das Protokoll auch sämtliche Mitglieder des Einwohnerrates. Auch Gabriela Suter hat es so an der FGPK-Sitzung erfahren.

Danièle Zatti Kuhn, Präsidentin: Nachdem keine Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir zur

Abstimmung über den Abänderungsantrag der Grünliberalen

Der Einwohnerrat fasst mit 28 Ja-Stimmen gegen 18 Nein-Stimmen folgenden

Beschluss

Für die Erstellung einer Photovoltaikanlage auf dem Primarschulhaus Telli wird ein Verpflichtungskredit von Fr. 410'000.- inkl. MWST gutgeheissen. Der Kredit kann nur verwendet werden, wenn kein Investor (beispielsweise IBAarau AG) gefunden werden kann, der die Photovoltaikanlage auf eigene Kosten realisiert.

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 1 der Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum.

39. FuSTA Aarau Rohr; Kredit für Zwischenlösung Mittagstisch

Mit Botschaft vom 22. April 2014 unterbreitet der Stadtrat dem Einwohnerrat zu diesem Geschäft den folgenden

Antrag: *Der Einwohnerrat möge einen Kredit für den Aufbau und Betrieb eines reduzierten Betreuungsangebotes in Form eines Mittagstisches in Aarau Rohr im Betrag von Fr. 527'700.- inkl. MWST gutheissen.*

Lukas Häusermann, Sprecher der FGPK: Nach dem temperamentvollen Geschäft vorhin tut es mir leid, wenn es jetzt vielleicht wieder etwas trockener wird. Die FGPK hat dieses Geschäft an ihrer letzten Sitzung vom 29. April 2014 beraten. Als Auskunftspersonen standen ihr Franziska Graf, Stadträtin, und Jeannine Meier, Vorsteherin Soziale Dienste, zur Verfügung. Aus der Kommission wurde gefragt, ob der Raum den verschiedenen Bedürfnissen auch gerecht werde oder unterteilt werden könnte, denn bei 30 Kindern in einem Raum dürfte es ziemlich laut werden. Die Auskunftspersonen sind sich bewusst, dass es sich um keine optimale Lösung handle. Es sei aber auch klar, dass es eine Übergangslösung darstelle und eine gewisse Flexibilität hätte an den Tag gelegt werden müssen, um diese Lösung zu ermöglichen. Allenfalls könnte zu einem späteren Zeitpunkt auch die Auenhalle miteinbezogen werden. Die Kommission fragte, welche Qualifikationen das Personal mitbringen müsse. Die Auskunftspersonen erläuterten, dass die Personen den Umgang mit Kindern gewöhnt sein müssten. Spezielle Qualifikationen seien nicht erforderlich. Es gehe in erster Linie darum, bis zum Start dieser Lösung überhaupt Leute zu finden, welche das übernehmen. Der Mittagstisch entspricht auch nicht dem FuSTA-Modell. Dort ist die Mittagsbetreuung in den Krippen und Horten integriert. Es kann aber in diesem Fall auf die Erfahrungen mit dem Mittagstischangebot der Oberstufe zurückgegriffen werden. Die definitive Lösung in Rohr wird eine FuSTA-Lösung sein. Weiter wurde gefragt, wie das für die Buchser Kinder sei. Diese können den Mittagstisch zu Vollkosten benützen. Es wurde gefragt, ob es da nicht sinnvoll wäre, auf die Gemeinde Buchs zuzugehen, damit die Buchser Kinder ebenfalls in den Genuss einer finanziellen Unterstützung kämen. Die Auskunftspersonen erachteten es in Anbetracht der kurzen Zeit als nicht notwendig, einen Vertrag mit der Gemeinde Buchs auszuhandeln. Dann wurde gefragt, weshalb Mittel für die berufliche Weiterbildung eingestellt seien. Die Kommission erhielt die Auskunft, dass diese Mittel nur dann beansprucht würden, wenn Personen angestellt werden müssten, bei welchen dieser Weiterbildungsbedarf bestünde. Die Information der Eltern wird nach dem Entscheid des Einwohnerrates erfolgen. In der Schlussdiskussion befand die FGPK das Projekt als gute Lösung. Es ist beeindruckend, wie schnell nun eine Lösung gefunden werden konnte. Es gab auch Stimmen, die es schade fanden, dass es nach der Überweisung der Motion 6 Jahre dauerte, bis eine definitive Lösung angeboten werden kann. In der Abstimmung hat die Kommission den stadträtlichen Antrag einstimmig angenommen.

Esther Belser Gisi: In der Motion zur Einführung von FuSTA in Rohr vom Dezember 2011 hiess es am Schluss ausdrücklich: "Bereits ein Teilangebot FuSTA für den Schulbereich wäre ein Schritt in die richtige Richtung." Zwei Jahre lang wurde erfolglos nach Räumlichkeiten gesucht. Ich frage mich: Hat man dabei diese Teillösungen auch geprüft? Seit der neue Stadt-

rat am Ruder ist, ging es plötzlich schnell: Eine definitive FuSTA-Lösung für Rohr ist in Sicht, wenn auch erst in 4 Jahren, und als Zwischenlösung können wir heute über einen Kredit für einen Mittagstisch abstimmen, der gerade rechtzeitig auf das neue Schuljahr in Betrieb gehen könnte. Das Säli der Auenhalle ist als Zwischenlösung eigentlich perfekt: Es ist direkt bei der Schule, ist den Kindern bereits vertraut, es besteht die Möglichkeit, den Pausenplatz zu nutzen, es ist ein ungefährlicher Weg und eine ungefährliche Umgebung, es ist günstig und schnell verfügbar. Die Familien in Rohr sind froh, wenn sie wenigstens diese Teillösung jetzt schon haben. Lieber den Spatz in der Hand… Wir von der Fraktion Pro Aarau – EVP/EW – GLP stimmen diesem Kredit zu.

Christian Schäli: Vielen Dank für den Bericht und Antrag an den Einwohnerrat. Es ist Zeit geworden, dass die FuSTA Aarau Rohr endlich Gestalt annimmt. An der Einwohnerratssitzung vom Mai 2012 bin ich für die Einwohner von Aarau Rohr und meine Partei hier vorne gestanden und habe für die FuSTA Rohr plädiert. Ich kritisierte das Vorgehen des damaligen Stadtrats und warf ihm vor, den Stadtteil Rohr stiefmütterlich zu behandeln, indem er ihm trotz gleichem Steuerfuss wichtige Dienstleistungen verwehrte. Zur Freude der Rohrer hat der Einwohnerrat der Motion zugestimmt und die Realisierung der FuSTA beschlossen. Der Beschluss des Einwohnerrats blieb allerdings für lange Zeit ohne Wirkung. Ich will ja nicht sagen, Motionäre und Motionärinnen müssten erst Stadtrat bzw. Stadträtin werden, bevor sie Projekte wirksam vorantreiben können. Mir ist auch bewusst, dass die Umstellung des Schulmodells 6:3 und die Schulraumplanung die Kräfte des Stadtrates beansprucht haben, aber ich möchte doch sagen, dass ich froh bin, dass endlich wieder Bewegung in diese Angelegenheit gekommen ist und der Antrag jetzt so vorliegt. Besonders danken möchte ich Stadträtin Franziska Graf und weiteren Beteiligten für ihr Engagement in dieser Sache. Die Grünen möchten Ihnen ans Herz legen, den Kredit für den Aufbau und den Betrieb einer reduzierten FuSTA Aarau Rohr zu bewilligen.

Thomas Hächler: "Politische Mühlen mahlen langsam", so sagt man. Dass dies in der Mehrheit der politischen Geschäfte der Fall ist, wird wohl niemand bestreiten. Das FuSTA-Projekt in Aarau Rohr zeigt aber, dass mit entsprechendem Willen die Steine schneller zu rollen beginnen. Und dies scheint für dieses Projekt gelungen zu sein. Die SP-Fraktion ist erfreut, dass doch eine Zwischenlösung gefunden werden konnte, auch wenn das Angebot noch eingeschränkt ist. Für die Eltern im Stadtteil Rohr dürfte es aber wichtig sein, dass ein erstes Angebot nach den Sommerferien gestartet werden kann. Die Möglichkeit, den Mittagstisch im Säli anzubieten, erscheint uns ideal, da die Kinder gleich daneben zur Schule gehen und die einen bereits den Kindergarten dort besucht haben. Wir nehmen zur Kenntnis, dass einmal monatlich die Senioren Vorrang im Säli haben und die Kinder in der Auenhalle verköstigt werden. Wenn es nur das ist, nehmen wir auch das gerne entgegen. Vielleicht gibt es bis nach den Sommerferien ja noch eine optimalere Lösung. Wichtiger erscheint uns aber, dass wir geeignetes Personal für die Betreuung der Kinder finden. Auch wenn in der Startphase die möglichen 30 Betreuungsplätze eventuell nicht vom ersten Tag an voll genutzt werden können, so wird von den Betreuungspersonen einiges abverlangt. So hoffen wir auf gute Bewerbungen und das nötige Fingerspitzgefühl für die Auswahl der Betreuungspersonen. In diesem Zusammenhang wird es unumgänglich sein, dass die Sozialen Dienste ihre Aufsichtspflicht regelmässig vor Ort wahrnehmen, und, falls nötig, korrigierend einwirken. Wir hoffen, dass Sie dieses Projekt unterstützen.

Barbara Schönberg: Die CVP steht klar für die befristete Lösung zur Überbrückung des fehlenden Betreuungsangebotes für den Ortsteil Rohr ein, bis der Neubau FuS-

TA/Kindergarten 2018 fertiggestellt ist. Weil es sich um eine befristete und sinnvolle Zwischenlösung handelt, können wir uns auch mit der geplanten Kostenträgerstelle einverstanden erklären. Grundsätzlich sind wir der Meinung, dass alle Angebote in diesem Rahmen grundsätzlich und langfristig von der gleichen Kostenstelle getragen werden sollten. Wir werden Ja stimmen.

Jürg Schmid: Wir erachten den vorliegenden Vorschlag zur Einführung eines Mittagstisches im Stadtteil Aarau Rohr als eine pragmatische und zweckmässige Lösung. Es muss nicht immer gleich die 360 Grad "Rundumwohlfühllösung" sein. Rollen wir das FUSTA-Angebot in Aarau Rohr sukzessive aus. Aus den Erfahrungen mit dem Mittagstisch lassen sich sicher wertvolle Erkenntnisse gewinnen, die wir in die Debatte über das anstehende Kreditbegehren für den FuSTA-Neubau in Aarau Rohr miteinbeziehen können. Auch die SVP-Fraktion wird den Kredit unterstützen.

Danièle Zatti Kuhn: Nachdem keine Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir zur

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst einstimmig folgenden

Beschluss

Für den Aufbau und Betrieb eines reduzierten Betreuungsangebotes in Form eines Mittagstisches in Aarau Rohr wird ein Kredit von Fr. 527'700.- inkl. MWST gutgeheissen.

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 1 der Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum.

40. Kreditabrechnung FuSTA Stritengässli 31

Danièle Zatti Kuhn, Präsidentin: Mit Datum vom 24. Februar 2014 unterbreitet der Stadtrat dem Einwohnerrat die Kreditabrechnung "FuSTA Stritengässli 31". Sie schliesst bei einem verfügbaren Bruttokredit von Fr. 1'903'100.00 mit Bruttoanlagekosten von Fr. 1'869'855.31 ab. Es resultiert somit eine Kreditunterschreitung von Fr. 33'244.69 oder 1,75 %. Die Kreditabrechnung lag der FGPK an der Sitzung vom 29. April 2014 zur Prüfung vor. Sie empfiehlt einstimmig die Annahme der Abrechnung und verzichtet auf ein Kommissionsreferat. Nachdem keine Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst einstimmig folgenden

Beschluss

Der Einwohnerrat genehmigt die Kreditabrechnung "FuSTA Stritengässli 31".

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 1 der Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum.

41. Kreditabrechnung WSB-Verlegung (Nettoanteil)

Danièle Zatti Kuhn, Präsidentin: Mit Datum vom 3. März 2014 unterbreitet der Stadtrat dem Einwohnerrat die Kreditabrechnung "WSB-Verlegung (Nettoanteil)". Sie schliesst bei einem verfügbaren Bruttokredit von Fr. 6'400'000.00 mit Bruttoanlagekosten von Fr. 5'369'015.65 ab. Es resultiert somit eine Kreditunterschreitung von Fr. 1'030'984.35 oder 16,11 %. Die Kreditabrechnung lag der FGPK an der Sitzung vom 29. April 2014 zur Prüfung vor. Sie empfiehlt einstimmig die Annahme der Abrechnung und verzichtet auf ein Kommissionsreferat. Nachdem keine Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst einstimmig folgenden

Beschluss

Der Einwohnerrat genehmigt die Kreditabrechnung "WSB-Verlegung (Nettoanteil)".

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 1 der Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum.

42. Kreditabrechnung Industriestrasse West/Mitte/Ost, Projektierung

Danièle Zatti Kuhn, Präsidentin: Mit Datum vom 3. März 2014 unterbreitet der Stadtrat dem Einwohnerrat die Kreditabrechnung "Industriestrasse West/Mitte/Ost, Projektierung". Sie schliesst bei einem verfügbaren Bruttokredit von Fr. 200'000.00 mit Bruttoanlagekosten von Fr. 194'015.15 ab. Es resultiert somit eine Kreditunterschreitung von Fr. 5'984.85 oder 2,99 %. Die Kreditabrechnung lag der FGPK an der Sitzung vom 29. April 2014 zur Prüfung vor. Sie empfiehlt einstimmig die Annahme der Abrechnung und verzichtet auf ein Kommissionsreferat. Nachdem keine Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst einstimmig folgenden

Beschluss

Der Einwohnerrat genehmigt die Kreditabrechnung "Industriestrasse West/Mitte/Ost, Projektierung".

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 1 der Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum.

Danièle Zatti Kuhn, Präsidentin: Wir kommen nun zu einer Verabschiedung. Mit Schreiben vom 25. April 2014 hat Einwohnerrat Mario Serratore seinen Rücktritt aus beruflichen Gründen bekanntgegeben. Er war viereinhalb Jahre lang Mitglied des Einwohnerrates. Er war Mitglied der FGPK und hat sechs Anfragen und zwei Motionen eingereicht. Seine erste Anfrage hat er bereits drei Tage vor seiner ersten Sitzung eingereicht. Dabei ging es um Steuereinnahmen und Investitionen. Dieses Thema hat ihn dann die ganze Zeit weiterverfolgt. Seinen letzten Vorstoss, eine Motion zum Wechsel der Pensionskasse, haben wir alle diese Woche erhalten. Er war also bis am Schluss noch voll dabei. Vollgas von A bis Z, kann man da sagen. Die Behandlung werden wir erst nach seiner aktiven Zeit erleben. Er konnte hier also nachhaltig ein Zeichen setzen. Vollgas hat Mario Serratore auch bei seinen engagierten Voten gegeben. In bester Erinnerung ist den "Alten" unter uns sicher noch die Debatte um die Pensionskasse, seinem Steckenpferdthema. Mario Serratore kam damals so in ein Feuer, dass der damalige Einwohnerratspräsident ihn auf das aufgebrauchte Zeitkontingent von 10 Minuten hinweisen musste. Mario Serratore konnte aber auch ausserhalb des Plenums bestens unterhalten: Ihm kommt nämlich zu jeder passenden Situation ein Witz in den Sinn und das werden wir sicher auch vermissen. Wir danken Mario Serratore ganz herzlich für sein Engagement mit viel Herzblut für unsere Stadt. Wir wünschen ihm für die berufliche und private Herausforderung alles Gute. Ich werde ihm anschliessend das Abschiedsgeschenk überreichen. Die nächste Sitzung findet am 16. Juni 2014 statt. Eine Botschaft ist ja bereits eingetroffen und es wird sicher eine spannende Diskussion geben. Besten Dank für die engagierten Voten.

Andrea Dörig: Ich habe noch eine Rohrer Information: Am nächsten Samstag, 17. Mai 2014, findet um 14 Uhr in der Aula des Stäpflischulhauses ein Diavortrag "ROHR-GESTERN-HEUTE-MORGEN" von Paul Lüthy statt. Wer Zeit hat, dem kann ich diesen interessanten Vortrag sehr empfehlen.

Danièle Zatti Kuhn, Präsidentin: Ich wünsche allen einen schönen Abend, eine gute Heimkehr und eine angenehme Nacht.

Schluss der Sitzung: 21.20 Uhr

EINWOHNERRAT AARAU
Die Präsidentin:

Danièle Zatti Kuhn

Der Protokollführer:

Stefan Berner